

IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau, Athen / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Regionalwahlen in der Russischen Föderation: Erfolg der Regierungspartei Oppositioneller Ryschkow: „Sieg ohne Gewinn des Respekts“

„Einiges Russland“ dominiert die Gouverneurs- und Regionalwahlen (1). Die Partei führt ihren Triumph auf die aktuelle Außenpolitik zurück; Experten und Oppositionelle erheben Manipulationsvorwürfe und sehen eine Fortsetzung der politischen Krise im Land (2).

1. Deutliches Votum für „Einiges Russland“ bei niedriger Wahlbeteiligung

Im Fokus des einmal jährlich stattfindenden „einheitlichen Wahltages“ standen die Gouverneurswahlen. Es wurden die politischen Spitzen in 30 von insgesamt 83 Regionen neu bestimmt, und überall traten die Amtsinhaber wieder an. Sie – ihrerseits ausschließlich Mitglieder der Kreml-Partei „Einiges Russland“ – setzten sich ausnahmslos deutlich im ersten Wahlgang durch. Der Wählerzuspruch bewegte sich zwischen 91,4% (Samara) und 50,6% (Republik Altaj); der Mittelwert lag bei 77%. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt 45,62% (von 29,69% im Gebiet Wologda bis 74,86% in der Republik Baschkirien).¹

Gleichzeitig führten 14 „föderale Subjekte“ Parlamentswahlen durch, darunter die Metropole Moskau. Sieht man vom Ergebnis in der Hauptstadt ab, erzielte „Einiges Russland“ im Mittelwert ein Votum von 66,52% bei einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 52,27%.² Die drei weiteren in der Staatsduma vertretenen Parteien („Gerechtes Russland“, Kommunistische Partei der Russischen Föderation – KPRF – und die nationalistische Liberal-Demokratische Partei – LDPR) verzeichneten Einbußen, teilweise um mehr als 50% im Vergleich zu den vorhergehenden entsprechenden Regionalwahlen.

Die Wahl zum Moskauer Stadtparlament entschied die Kreml-Partei ebenso klar für sich: „Einiges Russland“ stellt zukünftig 38 der 45 Abgeordneten und die KPRF 5, die LDPR und die rechtspopulistische Partei „Heimat“ entsenden jeweils 1 Mandatsträger.³ Aufgrund der Umstellung auf ein reines Mehrheitswahlsystem, die eine Abschaffung der Listenabgeordneten zur Folge hatte, reichte zahlreichen Bewerbern ein Ergebnis von unter 40%; nur ein Kandidat erzielte ein Ergebnis von über 60%, zwei weitere vereinten mehr als 55% der Stimmen auf sich. Das Moskauer Resultat von „Einiges Russland“ blieb ersichtlich hinter dem Wählerzuspruch in den anderen 13 föderalen Subjekten zurück. In der Hauptstadt beteiligten sich 21,04% der stimmberechtigten Bevölkerung am Urnengang. Bereits im Vorfeld der Abstimmung kritisierten Politologen die Kandidatenaufstellung aufgrund von hohen administrativen Hürden als undemokratisch; so schafften es die meisten Vertreter der „nicht-systemgerechten“ Opposition nicht einmal auf die Stimmzettel.⁴ Ein Wahlkampf fand in der Öffentlichkeit augenscheinlich kaum statt.

2. Fazit

Die russische Regierungspolitik wertete die Wahlergebnisse als Bestätigung ihres Vorgehens bei aktuellen internationalen Fragen.⁵ Als Beispiel werden die Eingliederung der Krim, der Krieg im Südosten der Ukraine und die EU-Sanktionen gegen Russland genannt. Im Endeffekt, so die Wirtschaftszeitung „Kommersant“, erhalte der Kreml freie Hand für seine Politik, egal ob in der Außen-, Innen- oder Wirtschaftspolitik. Der Politologe Jewgenij Mintschenko begründet die hohe Zustimmung für die Gouverneurs-

¹ Aufstellungen der Ergebnisse der Gouverneurswahlen finden sich in den Tageszeitungen Kommersant vom 16.09.2014, S. 2 und RBK daily vom 16.09.2014, S. 2.

² Das Folgende nach: Kommersant vom 16.09.2014, S. 2.

³ Das Folgende nach: RBK daily vom 16.09.2014, S. 3.

⁴ Vgl. Berichte aus dem Ausland, Politischer Bericht aus der Russischen Föderation, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Nr. 16/2014 vom 15.07.2014.

⁵ Das Folgende nach: Kommersant vom 16.09.2014, S. 2.

re mit der gegenwärtig großen Popularität von Staatspräsident Wladimir Putin⁶; um ihn herum habe sich die Gesellschaft konsolidiert.⁷ Der Wahlkampfexperte Andrej Busin führt die überaus deutlichen Wahlergebnisse auf den Einsatz „administrativer Ressourcen“ zurück. Damit ist die Vorteilsgewährung durch die Verwaltung zu Gunsten der Regierungspartei gemeint, nicht zuletzt auf der Grundlage von entsprechenden Gesetzen, welche die Parlamentsmehrheit bereits zum rechten Zeitpunkt beschlossen hat.⁸

Mit markanten Worten äußert sich der Oppositionelle Wladimir Ryschkow in der englischsprachigen Tageszeitung „The Moscow Times“.⁹ Der ehemalige Abgeordnete der Staatsduma betitelt seine kritischen Ausführungen mit der aussagekräftigen Überschrift „Wahlsieg für `Einiges Russland´ ohne Gewinn von Respekt“. Ryschkow sieht die überragenden Ergebnisse von „Einiges Russland“ keineswegs als Anzeichen für die Überwindung der politischen Krise, welche um die Jahreswende 2011/2012 Tausende von Menschen russlandweit auf die Straße führte. Gerade das Gegenteil sei der Fall, so der Oppositionspolitiker. Der Kreml und die regionalen Eliten hätten sich zu beschämenden Wahlpraktiken herabgelassen und zugleich von der Apathie der Bürger profitiert. Ryschkow hebt außerdem hervor, dass sämtliche Gouverneure souverän wiedergewählt wurden, ganz egal ob sie ursprünglich in der Region verwurzelt oder erst kürzlich dorthin von der Zentrale entsandt worden seien und deshalb keine ausgeprägte Popularität besäßen. So bestimme der Kreml weiterhin die Ergebnisse im Voraus. Wettbewerb werde mit Hilfe der Amtsgewalt verhindert. Wahlen verlören so im Endeffekt ihre Bedeutung und seien nichts mehr als die Möglichkeit eines Zustimmungsvotums für den Amtsinhaber. Hinzu kämen Wählerkauf am Wahltag und andere Manipulationen.

Ob die Mehrheit der Bevölkerung diese Auffassung teilt, ob und welche Reaktion die Menschen ggf. zeigen, bleibt abzuwarten. Gegenwärtig gibt es keine belastbaren Umfragen, welche eine große, geschweige denn landesweite Protestwelle prognostizieren. Momentan überdeckt die hochriskante Außenpolitik die Innenpolitik und stützt Staatspräsident Wladimir Putin.

Moskau, 23. September 2014

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

⁶ RBK daily vom 16.09.2014, S. 2.

⁷ Kommersant vom 16.09.2014, S. 2.

⁸ Als Beispiel nennt er den sog. Kommunalfilter. Dabei handelt es sich um eine Voraussetzung zur Zulassung als Kandidat für das Amt des Gouverneurs: Ein bestimmtes Quorum an kommunalen Mandatsträgern eines Gebiets muss die Kandidatur bestätigen. Dies gelingt bisweilen nur wenigen Kandidaten, weil überragend viele kommunale Mandatsträger wiederum „Einiges Russland“ angehören.

⁹ Das Folgende nach: The Moscow Times vom 23.09.2014, S. 9.